REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

MINISTERIUM FÜR
ÄUSSERES, BILDUNG UND KULTUR

Menschenrechtsveranstaltung „Journalistinnen in bewaffneten Konflikten“

Ansprache von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick

Mittwoch, 27. Mai 2015, Haus Gutenberg Balzers

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren

Dieses Holzbrett ist Liechtenstein. Das ist aber auch ein Stück Holz. Was verbinden wir damit?

Was mit Liechtenstein?

Und was mit Holz?

Mit Liechtenstein verbinden wir

- Sicherheit
- politische Stabilität
- hoher Lebensstandard.

Und mit Holz verbinden wir beispielsweise

- wohlige Wärme vor dem Kamin
- entspannte Atmosphäre im Haus
- vielleicht aber auch ein schönes Möbelstück
- ein Parkettboden
- oder eben ein Schneidebrett.

Die Verbindung zu „Holz“ als Brennholz zum Kochen werden aber eher wenige unter uns als erstes machen.

Für eine Flüchtlingsfrau in Afrika beispielsweise wird Holz in erster Linie Brennholz bedeuten. Sie braucht es, um für ihre Familie zu kochen. Das Holz muss sie meist ausserhalb des schützenden Flüchtlingslagers, wo sie vielleicht wohnt, suchen. Sie muss oft weite Wege gehen. Und die Gefahr, auf diesem Weg Opfer von (sexueller) Gewalt zu werden, ist sehr gross. Auch das ist ein Bild des Krieges. Aber eines das wir selten in den Medien sehen oder lesen.

Meine Damen und Herren

Hier in Liechtenstein leben wir in Frieden. Das ist ein Geschenk und zugleich Verpflichtung. Die Verpflichtung,

- hinzuschauen wo Krieg und Elend herrschen,
- für den Schutz der Zivilbevölkerung einzutreten,
- Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen anzuprangern,
- und sich dafür einzusetzen, dass derartige Verbrechen nicht ungesühnt bleiben.

Wir haben mit der heutigen Referentin, Frau Petra Ramsauer, eine Frau und Journalistin eingeladen, die hinschaut, die in Kriegs- und Krisengebieten recherchiert und den Hintergründen nachgeht. Ich begrüsse Sie, Frau Ramsauer, recht herzlich zu dieser Veranstaltung.

Der Schutz und die Stärkung der Menschenrechte ist ein wichtiges Leitmotiv der liechtensteinischen Aussenpolitik. In Situationen von Krieg und bewaffneten Konflikten werden diese Normen meist massiv verletzt. Wir sehen es als wichtige Aufgabe an, für den Schutz der Zivilbevölkerung und den Schutz von Menschenrechts-Aktivistinnen und –Aktivisten einzustehen. So hat die Liechtensteinische Regierung letztes Jahr beispielsweise auch beschlossen, sechs Flüchtlingsfamilien aus Syrien aufzunehmen. Zudem haben wir seit Beginn der Syrienkrise Projekte in Syrien und seinen Nachbarstaaten mit über einer Million Schweizer Franken unterstützt.

Insbesondere die stärkere Beteiligung von Frauen an allen Aspekten von Friedens- und Sicherheitspolitik ist mir auch persönlich – als Frau und Mutter - ein ganz besonderes Anliegen. Ich bin überzeugt, dass dies ein wichtiger Schlüssel für nachhaltigen Frieden und Sicherheit ist.

Liechtenstein feiert in diesem Jahr 25 Jahre UNO-Mitgliedschaft. In dieser Zeit konnte viel Wertvolles geleistet werden. Gerade auch zur Unterstützung, Umsetzung und Weiterentwicklung der sogenannten Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit des UNO-Sicherheitsrats.

In den nächsten vier Jahren ist Liechtenstein – übrigens zum ersten Mal –gewähltes Mitglied der UNO-Frauenrechtskommission. Dies wird uns die Möglichkeit geben, noch stärker und sichtbarer für die Rechte und für den Einbezug von Frauen einzutreten.

Liechtenstein unterhält nicht mehr als acht Botschaften und Missionen, die allesamt in Europa oder den USA liegen. Wenn Liechtenstein aufgefordert ist, Stellung zu beziehen zu massiven Menschenrechtsverletzungen, zu Krisen und bewaffneten Konflikten, dann sind wir auf objektive Berichterstattung von aussen angewiesen. Wir stützen uns dabei hauptsächlich auf die Informationen ab, die wir im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit erhalten. Weiter ist aber auch die renommierte internationale Presse eine Informationsquelle.

Journalistinnen und Journalisten kämpfen in vielen Ländern mit Repressalien und Drohungen oder werden gar zur Zielscheibe von Angriffen. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ berichtet für das Jahr 2014, dass 66 Journalisten getötet wurden, 119 entführt und 178 inhaftiert waren.

Für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten, für die Presse- und Meinungsfreiheit, muss mehr getan werden. Der Europarat hat Anfang April eine Internet-Plattform zum Schutz von Journalisten lanciert. Liechtenstein unterstützt dieses wegweisende Projekt mit CHF 20‘000.

Ich wünsche Ihnen allen einen interessanten Abend.